
FDP Bad Vilbel

BÜRGERMEISTERWAHL IST PERSONENWAHL UND KEINE PARTEIENWAHL

16.10.2009

Zu den Absichten von SPD und Grünen einen gemeinsamen Bürgermeisterkandidaten aufzustellen, erklärt der Vilbeler FDP-Vorsitzende Kai König: „Es ist natürlich gut, wenn den Vilbelern eine breite Auswahl an Bürgermeisterkandidaten zur Verfügung gestellt wird. Allerdings befürchte ich, dass es SPD und Grünen weniger darum geht eine fähige und geeignete Persönlichkeit für das Bürgermeisteramt zu finden. Wenn Ulrich Rabl (Grüne) einen Bürgermeisterkandidaten ankündigt, der „für rot-grün“ in das Rathaus einziehen soll, dann offenbart er damit, dass SPD und Grünen die Bürgermeisterwahl zu einem parteipolitischen Lagerwahlkampf umfunktionieren wollen. Damit beschädigen sie nicht nur ihren eigenen Kandidaten bevor er überhaupt aufgestellt wurde, sondern führen bereits jetzt den Kommunalwahlkampf der eigentlich erst im Jahre 2011 stattfindet.“

Der Quellenstädter FDP-Chef König erklärt weiter: „Noch schwerwiegender ist aber, dass die SPD offenbar einen Phantom-Kandidaten unterstützt. Nach Aussage des Grünen-Vorsitzenden Clifford Mattern ist es noch gar nicht entschieden, wer überhaupt aufgestellt wird. Offenbar ist es der SPD völlig egal, wen die Grünen aufstellen werden. Das nährt Befürchtungen, dass der potentielle „rot-grüne“ Kandidat für den Bürgermeisterwahlkampf eher verheizt werden soll. Ich möchte SPD und Grüne daran erinnern, dass sie für ihren Bürgermeisterkandidaten auch eine gewisse Verantwortung haben, wenn sie diesen in den „Ring“ um das Bürgermeisteramt schicken.

Dies alles ist nicht sehr förderlich um einen seriösen, starken und unabhängigen Kandidaten in die Wahl zum Bürgermeister unserer Stadt zu schicken. Wir legen daher großen Wert darauf, dass die Bürgermeisterkandidatin Gesine Wambach nur einem einzigen Lager angehört – nämlich dem der Bad Vilbelerinnen und Bad Vilbeler. Sie hat uns durch ihre Kompetenz und Persönlichkeit überzeugt, dass sie im Falle Ihrer Nominierung und Wahl als Ansprechpartnerin für alle Quellenstädter zur Verfügung steht

und damit natürlich auch für alle im Stadtparlament vertretenen Parteien.“